

Bericht

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 19.08.2021

1. Gegenstand des Berichtes: Abschlussbericht zur Empfehlung der BVV, Ds-Nr.1135/VIII aus der 27. BVV vom 15.11.2018

Gesetzliche Betreuungen sicher stellen

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Der Empfehlung wurde dahingehend gefolgt, dass mehrere Termine zwischen der Betreuungsbehörde und den Netzwerkpartnern stattgefunden haben. Zu diesen Terminen wurde das Aufgabengebiet der Betreuungsbehörde und deren Tätigkeit vorgestellt, über die Voraussetzungen einer gesetzlichen Betreuung informiert und die gesetzliche Betreuung beworben.

Die Betreuungsbehörde in Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten, dem Koordinator für Flüchtlingsfragen, den im Bezirk tätigen Betreuungsvereinen und den in der Migrationsarbeit tätigen Trägern und Migrantenselbsthilfeorganisationen sind zu dem Schluss gekommen, dass eine Konzeption zur Gewinnung von Personen, die für die Führung gesetzlicher Betreuungen geeignet sind und über sprachliche Kompetenzen verfügen, nicht zielführend ist, den absehbaren wachsenden Bedarf bei geflüchteten Menschen zu decken. Eine Einigung besteht darüber, dass die Netzwerkpflege und das Publizieren über die Aufgaben der Betreuungsbehörde und die Anforderungen an eine gesetzliche Betreuung ein besseres Ergebnis beim Rekrutieren von geeigneten Personen verzeichnen wird.

Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2021 für die Betreuungsbehörde zwei zusätzliche Stellen für die Tätigkeit der Amtsbetreuung etabliert, sodass eigene Verwaltungskräfte des Amtes für Soziales für die Übernahme von Betreuungsfällen eingestellt und ausgebildet werden können.

Hier wird angestrebt, die Amtsbetreuer*innen speziell für den Kreis der geflüchteten Menschen und deren Bedarfe fortzubilden.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin

Juliane Witt
Bezirksstadträtin für Weiterbildung, Kultur,
Soziales und Facility Management